

Institut für Bürgerrechte & öffentliche Sicherheit e.V.
c/o Juristische Fakultät
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

22.10.2018

Antrag Unterstützung durchs StuPa:

Antragsteller innen: Rike für die CILIP / Bürgerrechte & Polizei

Liebes StuPa,

hiermit beantragen wir 2500€ zur Unterstützung der Jubiläums-Konferenz „Innere Sicherheit und Sozialen Bewegungen“ der Zeitschrift zur Kritik der Inneren Sicherheit und Polizei „CILIP/ Bürgerrechte & Polizei“ (www.cilip.de) am 7. / 8. Dezember 2018 an der HU Berlin.

Einzelaufstellung der beantragten Gelder:

1500 €	20 Aufwandsentschädigungen für Referent_innen
ca. 1072€	Fahrtkosten einiger Referent_innen (jeweils Hin- und Rückfahrt mit BC50) <ul style="list-style-type: none">• 4x Hamburg – Berlin - Hamburg = ca 83€ p.P.• 2 x Frankfurt-Berlin - Frankfurt = ca 130€ p.P.• 1 x Bern – Berlin - Bern = ca 208 €• 1 x Köln - Berlin - Köln = ca 122 €• 1x Freiburg – Berlin - Freiburg= ca 150 €

Anlagen:

- Ablauf
- Finanzplan

Jubiläumskonferenz 40 Jahre CILIP/ Bürgerrechte & Polizei „Innere Sicherheit & Soziale Bewegungen“ 7.-8. Dezember 2018 | Humboldt-Universität Berlin

2018 jährt sich zum 40. Mal das erste Erscheinen der „CILIP – Bürgerrechte & Polizei“, herausgegeben vom Institut für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit e.V.. Ein geeigneter Zeitpunkt Bilanz zu ziehen und nach vorne zu blicken:

Was waren und sind prägende Entwicklungslinien der Politik der „Inneren Sicherheit“? Welche Feindbilder sind prägend für die Ausrichtung der Polizei, und wie wirken diese Feindbilder auf die Praxis? Und wie sieht es auf der Gegenseite aus: Was ist übrig geblieben von der Bürgerrechtsbewegung der 1970er und 80er Jahre, die damals mit Boykottkampagnen gegen die Volkszählung viele Menschen zu politischen Aktionen motivieren konnte? Wie kann es angesichts der aktuellen Proteste gegen schärfere Polizeigesetze gelingen, das Eintreten für Bürger_innenrechte in der Gesellschaft und den gemeinsamen Abwehrkampf gegen staatliche Repression in der politischen Linken wieder auf breitere Füße zu stellen?

ABLAUF

Freitag, 7. Dezember 19:00 Uhr

Begrüßung und Eröffnung durch den Vorstand des Instituts für Bürgerrechte und öffentliche Sicherheit und die Redaktion der CILIP

Eröffnungsvorträge:

- Entwicklungen polizeilichen Handelns in den vergangenen vier Jahrzehnten – von Terrorismus über den Kampf gegen Drogen und Mafia wieder zurück
Referent: Tobias Singelstein (Kriminologe/ RUB Bochum)
- Gegenbewegungen zum Polizeistaat – die Demokratie auf der Straße verteidigen
Referentin: Elke Steven (Digitale Gesellschaft e.V./ Grundrechtekomitee)

Samstag 8. Dezember

10:00 – 18:00 Uhr 3 Themenblöcke/ Workshop -Phasen

Workshops mit je zwei ReferentInnen und ModeratorInnen sollen in drei übergeordneten Themenblöcken stattfinden:

1. Soziale und ökonomische Dimensionen von „Innerer Sicherheit“

Auch in der „Inneren Sicherheit“ haben die Profiteure Namen und Adressen. Die Angst vor Gewalt und Kriminalität wird erfolgreich durch ein Konglomerat von privaten Sicherheitsdienstleistern, Anbietern von Ausrüstung und Technologie, berufsständischen Vertretungen und den Medien bewirtschaftet. Zugleich hat der Ansatz, die Polizei zur Lösung gesellschaftspolitischer Probleme einzusetzen, klare Zielgruppen, die zugleich immer auch zu den ohnehin Marginalisierten der Gesellschaft gehören: Drogenabhängige, Straßenprostituierte, Obdachlose, people of color – und was die medialen Konjunkturen gerade so hergeben.

2. Polizei im Ausnahmezustand

In der konservativen Politik „Innerer Sicherheit“ ist zentraler Ausgangspunkt, den Staat und seine zentralen Gewaltorgane – Polizei und Militär – immer vom Notstand her zu denken. In Frankreich wurde der Ausnahmezustand nach den Anschlägen des Jahres 2015 erst beendet, als zentrale Befugnisse des Ausnahmezustands in die regulären Gesetze eingegangen waren. In der Bundesrepublik ist der Einsatz der Bundeswehr im Innern in regelmäßigen Abständen Gegenstand

großkoalitionären Schlagabtauschs. In diesem Themenstrang sollen Rechtsregimes und Praktiken der Polizei gegen politische Opposition im Mittelpunkt stehen.

3. Licht ins Dunkel bringen – Auseinandersetzung mit Polizeiarbeit

In vielfältiger Art und Weise versuchen RechtsanwältInnen, ParlamentarierInnen, politische AktivistInnen und nicht zuletzt kritische JournalistInnen Licht ins Dunkel polizeilichen Handelns zu bringen. Dies war nicht zuletzt auch einer der Antriebe, die CILIP zu gründen und nicht nur publizistisch, sondern lange Jahre auch durch umfassende Recherchearbeit polizeiliche Praxis zu dokumentieren und sichtbar zu machen.

////////////////////////////////////

Workshops Themenblock 1: Soziale und ökonomische Dimensionen von „Innerer Sicherheit“

(Änderungen vorbehalten. Ein Großteil der Referent_innen hat bereits zugesagt, bei einigen steht endgültige Zusage aber noch aus...)

workshop 1: Polizeiliche Armenbekämpfung und Stadtpolitik

„Arme“ sind in besonderem Maße Objekte polizeilich-repressiver Disziplinierung unter Einbindung von Behörden und sozialer Arbeit. Auch Sozialbehörden werden repressiv tätig, wie etwa mit dem sozialrechtlichen Arbeitszwang und entsprechenden Sanktionsregimes. Soziale Arbeit erfüllt teils schon ohnehin die Funktion von Disziplinierung, zugleich versucht die Polizei immer stärker, Zugriff auf die Informationen von Projekten zur Gewaltprävention in bestimmten Milieus zu erhalten.

Mod: Jenny Künkel

Referent*innen: Norbert Pütter, Lisa Riedner, Bernd Belina

Workshop 2: Racial Profiling und Institutioneller Rassismus

Für Menschen mit Migrationshintergrund geht Disziplinierung durch Polizei und Behörden regelmäßig mit strukturellem und ganz handfesten Rassismus einher – bei „anlasslosen“ Polizeikontrollen, bei der sozialarbeiterischen Präventionsarbeit, auf der Ausländerbehörde.

Mod: CILIP

Referent*innen: Reach Out/Biplab Besu, Gruppe Rassismus in der Justiz, Initiative Schwarze Deutsche

workshop 3: Politische Ökonomie der Sicherheit

Neuorganisation der Sicherheitsgewährleistung ist seit den 80er Jahren in das neoliberale Paradigma eingebunden: öffentliche Räume werden auf ihre Funktion in der Wertschöpfung reduziert und Objekte von „Aufwertungsstrategien“, Ergebnis ist die „Säuberung“ des öffentlichen Raums von störenden Elementen, und das auch mithilfe privater Sicherheitsdienstleister. Die Zahl der Beschäftigten dort übersteigt in absehbarer Zeit die bei den Polizeien von Bund und Ländern. Auch in anderen Bereichen wächst der sicherheits-industrielle Komplex.

Mod: CILIP

Referent*innen: Volker Eick, Helga Cremer-Schäfer, Bernd Belina

workshop 4: Policing Big Data

Die technologischen Möglichkeiten polizeilicher Überwachung, auch durch Auswertung von Massendaten und social media intelligence bis hin zur vermeintlichen Vorhersage möglichen kriminellen Verhaltens befeuert all diejenigen, die es schon immer mit den Dystopien der 80er Jahre hielten. Anbieter von software in diesem Feld haben zudem den Vorteil, dass die Polizei von dem, was ihr da als unbedingt notwendig verkauft wird, technisch keine Ahnung hat.

Mod: CILIP

Referent*innen: Anna Biselli, Andre Meister

Themenblock 2: Polizei im Ausnahmezustand

workshop 1: Ausnahmezustände und drohende Gefahren

Die Entwicklung in Deutschland hin zu immer weiter im Vorfeld konkreter Gefahren ansetzender Befugnisse der Polizei bis hin zu technischer Überwachung, Durchsuchung und freiheitsbeschränkenden oder -entziehenden Maßnahmen ist nicht isoliert zu betrachten: auch in anderen EU-Staaten gibt es solche Entwicklungen. Hier sollen zentral die Entwicklungen in Frankreich und den deutschen Landes-Polizeigesetzen im Fokus stehen.

Mod: Heiner Busch

Referent*innen: Louisa Zech, Fabian Jobard

Workshop 2: Die Inszenierung des Ausnahmezustands

Die mediale Auseinandersetzung mit dem Protest gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 hat wenig überraschend die mediale Lust an Chaos und Gewaltexzessen offenbart. Sie hat aber auch gezeigt, wie perfekt die Polizei mittlerweile die Klaviatur der Öffentlichkeitsarbeit beherrscht – bis hin zur Verbreitung ungeprüfter Berichte über twitter und facebook.

Mod: Elsa Koester

Referent*innen: Antirepressionsgruppe, left vision,

Workshop 3: Politische Bewegung unter Druck

Auf allen Ebenen verschärfen die Sicherheitsorgane derzeit ihr Vorgehen gegen linke und insbesondere linksradikale Protestbewegungen und ihre Plattformen. „Linksextremistische“ Szenetreffpunkte – oder was als solches gilt – werden mit Entzug öffentlicher Mittel in ihrer Existenz bedroht, Hausdurchsuchungen und der Einsatz „verdeckter Ermittler“ werden zur Durchleuchtung politischer Strukturen benutzt.

Mod: Lukas Theune

Referent*innen: Jason Kirkpatrick, Sven Adam, Andrea Furmaniak

Workshop 4: Versammlungsrecht im Schatten der „Gefahrenabwehr“

Die Ausübung der Versammlungsfreiheit wird immer weiter unter gefahrenabwehrrechtlichen Vorbehalt gestellt. Dabei geht es nicht nur um die frühzeitige Unterbindung von Gewalttaten, die von einer Versammlung ausgehen können, sondern auch um die harsche Durchsetzung von Vermummungs- und Symbolverboten etwa bei Bezügen zur „PKK“.

Mod: CILIP

Referent*innen: Civaka Asad, Hedonistische Linke, Elke Steven

Themenblock 3: Licht ins Dunkel bringen – Auseinandersetzung mit Polizeiarbeit

workshop 1: Kontrolle der Polizei

Früher gab es in einigen Städten der Bundesrepublik Initiativen „Bürger beobachten die Polizei“, die zum Teil auch heute noch aktiv sind. Ihr Fokus liegt auf der Beobachtung von Demonstrationen und dem polizeilichen Einschreiten dort. Durch die internationale Menschenrechtsdiskussion ist mittlerweile aber ein ganz anderes Instrument in den Fokus gerückt: der professionell arbeitende „Polizeibeauftragte“ oder andere Instrumente zur Kontrolle der Polizei und Abwicklung von Bürgerbeschwerden über polizeiliches Fehlverhalten.

Mod: CILIP

Referent*innen: Anna Luczak, Corinna Genschel/Demonstrationsbeobachtung Grundrechtekomitee

Workshop 2: Der NSU-Komplex

Der NSU-Komplex hat viele erschreckende Erkenntnisse zutage gefördert – nicht nur über das Bestehen eines rechtsterroristischen Milieus samt breiter Unterstützerszene in Deutschland, sondern auch über die Verstrickung des Verfassungsschutzes in diese Szene und die analytische Unfähigkeit der Polizei, hinter einer rassistischen Mordkampagne rassistische Mörder zu sehen oder auch nur zu vermuten. Sowohl die Untersuchungsausschüsse von Bundes- und Landtagen als auch der NSU-Prozess in München haben viele kleine und große Skandale ans Licht gebracht.

Mod: Heike Kleffner

Referent*innen: Antonia von der Behrens, Dirk Laabs

Workshop 3: Wissen über die Polizei

Kaum ein Beruf bestimmt so sehr das eigene Bild in der Öffentlichkeit wie die Polizei. Das korrespondiert mit dem hohen Vertrauen, dass sie in weiten Teilen der Bevölkerung genießt. Wenn martialisch ausgestattete Spezialkräfte eine Razzia durchführen, gehen alle von schwer bewaffneten Verbrechern als Gegner aus – aber fast niemand von völlig überzogenen Einsatzmaßnahmen. Wie ist der Stand von kritischer Polizeiforschung, wie die Resonanz auf aktivistisch orientierte Feldbeobachtung?

Mod: CILIP

Referent*innen: Michael Sturm, Stefanie Schmidt

Workshop 4: EU-Grenzregime

Das EU-Grenzregime hat neben den für die Grenzsicherung zuständigen nationalen Behörden auch zwei EU-Institutionen hervorgebracht, die sich als EU-Agenturen politischer und erst recht parlamentarischer Kontrolle weitgehend entziehen: Frontex und Europol. Gerade bei Frontex-Operationen ist eine Delegation der politischen Verantwortung ins Nichts zu beobachten.

Mod: CILIP

Referent*innen: Carsten Gericke, Britta Rabe

Samstag 19:00 – 21:00 Uhr: Abschlussdiskussion

„Bürgerrechtsbewegung im Aufbruch?“

In der Abschlussdiskussion wollen wir uns klassisch der Frage nach der Zukunft stellen. Derzeit sind bürgerrechtsfreundliche Positionen unter Druck wie nie in den vergangenen drei Jahrzehnten – und doch gibt es immer wieder Gegenbewegung wie die Kampagnen gegen Vorratsdatenspeicherung vor zehn Jahren oder aktuell die Bündnisse gegen neue Polizeigesetze. Dabei wollen wir drei wesentliche politische Milieus miteinander ins Gespräch bringen: diejenigen, die von einem parteiischen Standpunkt aus kritisch die Entwicklung in diesem politischen Feld begleiten und hierzu vor allem publizistisch tätig sind – vertreten durch die CILIP. Diejenigen, die von einem linksliberalen, rechtsstaatlichen Standpunkt aus vor allem mit Hilfe strategischer Prozessführung und Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte verteidigen wollen. Diejenigen, deren Ansatz vor allem in einer aktivistische Aneignung von Rechten „auf der Straße“ besteht. Und schließlich diejenigen, die aktuell im Rahmen der Kampagnen gegen die Polizeigesetze vielleicht an einer neuen Bürgerrechtsbewegung mitwirken.

Zum Kreis der möglichen TeilnehmerInnen wird derzeit Einvernehmen im Vorbereitungskreis hergestellt.

Mit: Nora Markard (Gesellschaft für Freiheitsrechte)/ Andreas Blechschmidt(Aktivist)/ NoPAG (Bundesweites Bündnis gegen Polizeigesetze)/ CILIP/ Bürgerrechte & Polizei

////////////////////

Samstag 10:00 – 18:00 Uhr: Begleitprogramm

Während der Tagung soll neben einer Küche für Alle es ein kleines Begleitprogramm geben, unter anderem mit:

- einem historischen Rückblick auf 40 Jahre CILIP
- Möglichkeit zur Vernetzung und zum Austausch linker Zeitungsprojekte (Fragen von Erscheinungsweise digital/Druck)
- Lesung aus den Schriften und Artikeln von Wolf-Dieter Narr, einem Gründer der CILIP
- Filme (Hamburger Gitter)
- Ausstellung zum NSU-Netzwerk und/ oder zum Mord an Burak Bektas

Finanzplan

Ausgaben gesamt:

Fahrtkosten ReferentInnen und ModeratorInnen	ca. 2.500 Euro
Aufwandsentschädigungen (40x)	ca. 3000 Euro
Unterkunft ReferentInnen ¹	ca. 500 Euro
Küfa ReferentInnen/Orga-Team	ca. 500 Euro
Technik/Betreuung	ca. 400 Euro
Raummiete (Sicherheitsdienst)	ca. 100 Euro
Werbung (Druckkosten Flyer, Plakate, Programm)	ca. 1.000 Euro
<u>Gesamt</u>	<u>8.000 Euro</u>

Weitere Anträge:

Rosa-Luxemburg-Stiftung	1.000 Euro
Kobler-Stiftung	1000 Euro (beantragt)
AStA TU	2000 € (beantragt)
AStA FU	2000 € (beantragt)
<u>Gesamt</u>	<u>6.000 Euro</u>

¹ Wir gehen bei der Mehrzahl der derzeit angedachten Referentinnen davon aus, dass sie privat unterkommen oder ohnehin in Berlin leben. Nur Einzelfälle sollen eine bezahlte Unterkunft erhalten.